

Dr. Julia Duchrow, Generalsekretärin, Amnesty International
Deutschland

Rede auf der Kundgebung „Für einen gerechten Frieden in
Palästina und Israel“

18. Oktober 2024

Liebe Freund*innen!

Wir stehen heute hier in Sichtweite von Bundeskanzleramt und dem deutschen Bundestag, um unsere Trauer, Fassungslosigkeit, Verzweiflung und Wut auf die Straße zu tragen.

Trauer, Verzweiflung und Wut über die Grausamkeiten und Kriegsverbrechen in Gaza und ganz Palästina, in Israel und im Libanon, die seit mehr als einem Jahr andauern.

Wir alle kennen die ungeheuerlichen Zahlen: etwa 1.200 getötete Menschen am 7. Oktober 2023 in Israel durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen. Sie haben weiterhin etwa 100 Geiseln in ihrer Gewalt. Seither über 44.000 getötete Menschen in Palästina. Und allein seit September über 2.000 getötete Menschen im Libanon durch die israelischen Streitkräfte.

Was für ein grausames und blutiges Jahr. Ein Jahr, in dem die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht ausgehöhlt und missachtet wurden, und zwar nicht nur von den unmittelbaren Täter*innen.

Massiv geschwächt wurden die Menschenrechte auch von denjenigen, die mit zweierlei Maß messen. Die die Taten nicht beim Namen nennen und zu rechtfertigen suchen.

Solche Doppelstandards beschädigen die Menschenrechte, das Völkerrecht und die darauf fußende internationale Ordnung langfristig.

Das erleben wir auch und gerade hier in Deutschland.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung zu Recht die von der Hamas und anderen bewaffneten Gruppen am 7. Oktober verübten Kriegsverbrechen auf das Schärfste verurteilt hat. Doch wir haben auch erlebt, wie dieselbe Regierung zu den von Israel begangenen Kriegsverbrechen schweigt – bis heute.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung sich lange geweigert hat, diplomatisch für einen umfassenden Waffenstillstand zu werben. Und zwar allein mit dem Verweis auf „israelische Interessen“ – zu einem Zeitpunkt, als bereits zehntausende Palästinenser*innen getötet waren.

Die fehlende Empathie, die palästinensischem Leben entgegengebracht wird, macht uns fassungslos. Mich erinnert dies an eine Formulierung von Hannah Arendt. Sie sagt: „Der Tod der menschlichen Empathie ist eines der frühesten und deutlichsten Zeichen dafür, dass eine Kultur gerade in Barbarei verfällt“.

Wir haben erlebt, wie Bundeskanzler Scholz behauptete, Israel halte sich vollumfänglich an das Völkerrecht. Und zwar als der Internationale Gerichtshof bereits festgestellt hatte, dass der Vorwurf eines möglichen Genozids zumindest plausibel ist.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung mit nicht haltbaren Argumenten beim Internationalen Strafgerichtshof intervenierte, um zu verhindern, dass dieser gegen Premier Netanyahu und Verteidigungsminister Gallant einen Haftbefehl ausstellt. Ihr Argument: Weil Israel ein Rechtsstaat sei, gehe die Bundesregierung davon aus, dass die Vorwürfe im eigenen Land aufgearbeitet werden. Dabei herrscht in Israel bei Völkerrechtsverletzungen wie dem Siedlungsbau seit Jahrzehnten systematisch Straflosigkeit.

Auch haben wir erlebt, wie der Bundeskanzler jüngst im Bundestag weitere Waffenlieferungen an Israel angekündigt hat. Just an dem Tag, an dem die israelische Armee zum ersten Mal das Hauptquartier der UN-Blauhelmtruppe im Libanon beschossen hat.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung geschwiegen hat, als Israel UN-Generalsekretär Antonio Guterres zur „persona non grata“ erklärte. Und wir haben erlebt, wie die Bundesregierung bereitwillig und in der Stunde der größten Not dem UN-Palästinenserhilfswerk UNRWA die Unterstützung gestrichen hat.

Wir haben erlebt, wie die Bundesregierung nach dem 7. Oktober die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina aussetzte und die palästinensische Zivilgesellschaft unter Generalverdacht stellte. Sechs palästinensische Menschenrechtsorganisationen im Westjordanland erhalten weiterhin keine Unterstützung von der Bundesregierung, weil Israel sie ohne Beweise als „terroristisch“ eingestuft hat.

Nicht zuletzt haben wir erlebt, wie politische Entscheidungsträger*innen durch einseitige Parteinahme mit Israel und die Kriminalisierung von Palästina-solidarischen Stimmen zu einer gesellschaftlichen Spaltung beigetragen haben.

Wir stehen heute also auch hier, um zum Ausdruck zu bringen, wie enttäuscht und wütend wir über die Reaktionen der deutschen Politik nach dem 7. Oktober 2023 sind. Die Bundesregierung ist verpflichtet, im Einklang mit den Menschenrechten zu handeln. Das verlangen unser Grundgesetz und das Völkerrecht. Keine Staatsräson steht darüber!

Vor einer Woche sprach der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Nürnberg – dem Ort, der uns auch heute mahnt und einen Auftrag gibt: Nie wieder! Nie wieder Antisemitismus! Nie wieder Rassismus! Nie wieder Verbrechen gegen die Menschlichkeit!

Karim Khan sagte am 12. Oktober: “Law is for the people, not for power.” Das Recht hat den Menschen zu dienen, nicht der Macht. Oder wie es in der Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt: Die Herrschaft des Rechts muss die Menschenrechte schützen.

Von diesem Grundsatz hat sich die deutsche Politik weit entfernt.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung: Schluss mit der einseitigen Parteinahme! Schluss mit Doppelstandards und zweierlei Maß! Hören Sie auf, das internationale Recht zu beschädigen! Nennen Sie die begangenen Kriegsverbrechen beim Namen.

Stellen Sie sich konsequent auf die Seite der Menschenrechte! Und tun Sie alles, damit Barbarei in dieser Welt keinen Platz hat.

Heute ist US-Präsident Joe Biden in Berlin. Seit vielen Monaten protestieren unsere Kolleg*innen von Amnesty International vor dem Weißen Haus und fordern von seiner Regierung einen sofortigen Stopp der Waffenlieferungen. Dieser Forderung schließen wir uns an!

Das gleiche fordern wir von unserer Regierung: Setzen Sie sich mit allen Mitteln für einen umfassenden Waffenstillstand ein und stoppen Sie weitere Waffenlieferungen!

Jetzt! Denn jede Minute zählt, um Menschenleben zu retten!

Vielen Dank!